

Und auch Kennedy habe darauf verzichtet, die Sowjetunion zu demütigen oder völlig zu besiegen. Er wäre sogar bereit gewesen, im Austausch gegen den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba heimlich die amerikanischen Raketen in der Türkei und in Italien abzuziehen. Mit seinem Pragmatismus habe Kennedy einen durchaus möglichen Dritten Weltkrieg verhindert. Hingegen hätten die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg das besiegte Deutschland gedemütigt und versucht, es durch harsche Bedingungen dauerhaft zu schwächen. Die Folgen seien bekannt.

Offenbar mangelt es im Hinblick auf Nordkorea an entsprechender politischer Weitsicht. Was wäre wohl passiert, fragt

sich Yoon Young-Gwan, wenn das Nordkoreaproblem mit der Klugheit eines Metternich oder Kennedy angegangen worden wäre? Von einer kurzfristig angelegten, auf ad hoc-Reaktionen basierenden Politik kann man nicht viel erwarten. Es ist an der Zeit, sich mit tragfähigen und dauerhaften Lösungen zu befassen, zumal sich die Wertigkeit der »Nuklearkarte« Nordkoreas angesichts weiterer zu erwartender Atomtests und verbesserter Raketentechnologie erhöhen wird. Über die innenpolitischen Verwertungsinteressen hinaus wäre es wünschenswert, dass sich die USA, Südkorea und Japan ein paar Gedanken über die langfristigen Ziele ihrer Nordkoreapolitik machen. ■

*Thomas Heberer*

## Politische Reformen sind nicht zu erwarten

### China nach dem jüngsten Parteitag

*Der neuen Staats- und Parteispitze dürfte in erster Linie daran gelegen sein, die gewaltigen sozialen und ökologischen Probleme anzugehen und die Korruption einzudämmen. Das Auswahlverfahren für die höchsten Ämter in China ist so angelegt, dass radikale Reformer von vornherein verhindert werden und bewährte »Problemlöser«, die im Rahmen des Systems handeln, aufsteigen. Gleichwohl ist eine politische Liberalisierung des Landes im Interesse des sozialen Fortschritts auf Dauer unabdingbar.*

**D**er Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im November 2012 hat eine neue Parteiführung gewählt. Im Februar dieses Jahres folgte die Wahl der neuen Staatsführung durch den Nationalen Volkskongress. Schon seit geraumer Zeit stand fest, dass Xi Jinping, Sohn eines 2002 gestorbenen Parteiveteranen, Generalsekretär der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission und Staatspräsident und Li Keqiang Ministerpräsident werden würde. Beide waren bereits auf dem vorangegangenen Parteitag zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros gewählt



**Thomas Heberer**

(\*1947) ist Professor für Politikwissenschaft und Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

thomas.heberer@uni-duisburg-essen.de

worden, um sich auf ihre Führungsaufgaben vorbereiten zu können.

Das Jahr 2012 wurde durch zahlreiche Skandale überschattet: Im Februar war der Parteisekretär von Chongqing und Mit-

glied des Politbüros, Bo Xilai, entmachtet worden. Nachdem sein Polizeichef in das US-Konsulat in der Provinzhauptstadt Chengdu geflohen war, wurde bekannt, dass Bos Frau im Zuge einer Auseinandersetzung um private Geldtransfers ins Ausland einen ausländischen Geschäftsmann vergiftet hatte. Sie wurde daraufhin zu lebenslanger Haft verurteilt. Bo wurde wegen Korruption und Machtmissbrauch all seiner Ämter enthoben und aus der KP ausgeschlossen. Der Prozess gegen ihn steht noch aus.

Die »Bo-Xilai-Affäre« lässt sich auch als innerparteilicher Machtkampf interpretieren. Mit seinem »Chongqing-Modell« konzipierte Bo quasi ein populistisches Gegenmodell zur Politik der Pekinger Führung. Der erfolgreichen Bekämpfung mafiöser Organisationen und der Einführung neuer Formen sozialer Sicherungssysteme standen die Einschränkung der Privat- zugunsten der Staatswirtschaft, eine nationalistische Ausrichtung der Politik, die Glorifizierung der maoistischen »roten Kultur« und eine Aushebelung jeglicher Rechtsvorschriften gegenüber. Dieses Modell lässt sich als neo-traditionalistischer Autoritarismus bezeichnen. Bos »Modell«, Hoffnungsträger der »Neuen Linken« in China, stand von daher für einen konservativen Richtungswechsel in der chinesischen Politik.

### **Gemischte Bilanz der alten Garde**

Ling Jihua, ein enger Vertrauter des vormaligen Parteichefs Hu Jintao und für ein Amt im Ständigen Ausschuss des Politbüros vorgesehen, musste seine Funktion aufgeben, nachdem bekannt geworden war, dass sein Sohn bei einem Unfall mit einem rund eine Million US-Dollar teuren Ferrari in Peking ums Leben gekommen war, während zwei halbnackte Begleiterinnen das Unglück schwer verletzt überlebt hat-

ten. Die Staatssicherheitsbehörden hatten monatelang versucht, den Vorfall zu vertuschen.

Und im Oktober 2012 hatte die *New York Times* gemeldet, die Familie des Ministerpräsidenten Wen Jiabao habe während dessen Amtsperiode ein Vermögen von 2,7 Milliarden US-Dollar zusammengetragen.

Die alte Führungsspitze, die nach dem Ende der vorgeschriebenen zehnjährigen Amtsperiode durch eine neue Führungsgeneration ersetzt werden musste, hatte keine umfangreichen politischen Reformen betrieben. Gleichwohl war die Amtsperiode von zahlreichen Erfolgen gekennzeichnet: China stieg zur zweitgrößten Industrienation auf, hatte an internationalem Gewicht gewonnen und leitete die Etablierung sozialer Sicherungssysteme für die Bauern sowie eine stärkere Integration von urbanem und ländlichem Raum ein. Man arbeitete an der weiteren Reduzierung der Armut, verbesserte mit einem umfangreichen Programm die Infrastruktur des Landes – was zur raschen Überwindung der Folgen der globalen Finanzkrise erheblich beitrug – und bekämpfte erfolgreich den autoritären Populismus der »Neuen Linken«.

Gleichwohl hinterließ sie der neuen Führung einen riesigen Korb an Problemen: Gewaltige Einkommensdisparitäten innerhalb der Bevölkerung, vor allem zwischen Stadt und Land; ein hohes Maß an systemischer Korruption sowie an Umweltzerstörung; die Notwendigkeit politischer Strukturreformen; eine Diskrepanz zwischen der Existenz vielfältiger Gesetze auf der einen und deren mangelnde Umsetzung auf der anderen Seite.

Von der neuen Führung sind keine »großen« politischen Reformentwürfe zu erwarten wie die Schaffung eines unabhängigen Rechts, die Einführung von Gewaltenteilung oder eines Verfassungsstaates. Die Grundlage für die Auswahl neuer Führungspersönlichkeiten bildet neben ei-

nem spezifischen Erfahrungshintergrund – Erfolge in Ämtern und bei Aufgaben in verschiedenen Regionen und Politikfeldern – die Erwartung von Kontinuität in der Politik und die Akzeptanz des Grundkonsenses im Hinblick auf das chinesische Transformationsprojekt. Charismatische Führungspersönlichkeiten sind nicht erwünscht, weil man politische Erdbeben in Richtung autoritärer Strukturen oder der Herrschaft einer Einzelfigur einerseits und Versuche eines Systemwechsels mit unwägbareren Folgen für das Land andererseits von vornherein verhindern will. Kollektive, nicht individualisierte Führung ist das Ziel. Unter den Bedingungen gewaltiger sozialer und ökonomischer Verwerfungen im Zuge des gegenwärtigen Transformationsprozesses werden große politische Umbauten als Gefahr für die Stabilität des Landes gesehen. Von daher dürfte auch die neue Führungsgeneration versuchen, die sozialen und strukturellen Kernprobleme in Angriff zu nehmen: Hierunter fällt unter anderem die Änderung des Wachstumsmodells zugunsten einer stärkeren Ausrichtung der Wirtschaft auf den Binnenmarkt und den Binnenkonsum statt auf den Export, der Ausbau höherwertiger Industrien oder die Förderung des Dienstleistungssektors. Angestrebt wird eine stärkere Parallelität von Wachstum und sozialer Gerechtigkeit, die mit Hilfe diverser Programme für die sozial Schwachen und des Abbaus der Einkommensdisparitäten durch größere Steuergerechtigkeit erreicht werden soll. Hinzu kommen Themen wie die Abschaffung der Privilegien der Staatsunternehmen, Steuerreformen zur Bekämpfung der Überschuldung der Kommunen, die freie Konvertierbarkeit der chinesischen Währung oder die Öffnung des Kapitalmarktes (für ausländische sowie für private Finanzinstitute) – um nur einige zu nennen.

Im Hinblick auf Außenpolitik und -wirtschaft ist wichtig, dass die neue Führung größere internationale Erfahrung als

die vergangene aufweist, was für die weitere Einbindung in internationale Prozesse nicht unwichtig sein dürfte. Die Kontinuität einer gemäßigten Außenpolitik und eine weitere Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik wurden zugesagt.

Insgesamt haben die Lösung dringender ökonomischer und sozialer Probleme und die Verbesserung von Governance im Sinne der Schaffung politischer Regelwerke Vorrang vor politischen Reformen. In diesem Zusammenhang werden Fragen wie die nach einer größeren Transparenz des Staats- und Parteiapparates, einer größeren Partizipation der Bevölkerung im Hinblick auf die Überwachung der Bürokratie, nach Offenlegung der Einkommen höherer Funktionäre und der Umsetzung bestehender Gesetze diskutiert.

Im März 2013 wurde ein Programm zum »Abbau sozialer Ungleichheit« in Kraft gesetzt, das acht Jahre lang diskutiert worden war. Es sieht unter anderem die Anhebung von Mindestlöhnen, den Ausbau sozialer Sicherungssysteme, diverse Verbesserungsmaßnahmen im ländlichen Raum und eine Steuerreform im Interesse der Umverteilung der Einkommen vor.

### **Neue Devise: Chinas Traum**

Seit der Kaiserzeit formulierte jeder neue Herrscher eine Devise für seine Amtszeit. Diese Tradition setzte sich auch in der Volksrepublik China bis in die Gegenwart hinein fort. 2002 wurde beispielsweise die Devise der »Drei Vertretungen« des früheren Parteichefs Jiang Zemin in das Parteistatut aufgenommen. Das Kernargument hierbei ist, dass die KP nicht mehr Klassen, sondern das gesamte chinesische Volk vertritt und damit von einer Klassen- zu einer Volkspartei avanciert ist. Hu Jintao entwickelte dann das Paradigma des »wissenschaftlichen Konzeptes von Entwicklung«, das größere Nachhaltigkeit im Moder-

nisierungsprozess anmahnte. Ende 2012 formulierte Parteichef Xi Jinping »Chinas Traum« als neue Devise, womit die Parallelität von Erneuerung der Nation sowie Glück und Wohlstand des Volkes gemeint ist.

Zweifelsohne hat der Transformationsprozess gewaltige soziale Verwerfungen mit sich gebracht. Von daher steht auch die neue Führung vor der Aufgabe, sich über weitere Sozialprogramme um die Abfederung der Folgen für sozial Schwache und um eine Umverteilung der Einkommen zu kümmern, damit die Kluft zwischen Arm und Reich – die Kernursache sozialer Spannungen – nicht noch weiter wächst. Im Interesse weiterer sozialer und politi-

scher Fortschritte sind jedoch graduelle politische Reformen auf Dauer unabdingbar. Dies bezieht sich auf die Umsetzung bestehender Gesetze und Bürgerrechte, die Herstellung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses und neue Formen gesellschaftlichen und generellen Konfliktmanagements, um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Die gesamte Bevölkerung wartet und hofft auf weitere Strukturreformen. Ob die neue Führung diese Balance zwischen allmählichem strukturellen und institutionellen Umbau einerseits und sozialer Stabilität andererseits zu wahren vermag, wird entscheidend für die Entwicklung Chinas im kommenden Jahrzehnt sein. ■

Henning Effner

## Myanmars Reformprozess: »Work in progress«

*Myanmar durchlebt derzeit einen rasanten politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess, den noch vor wenigen Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte. Die Regierung unter Thein Sein hat in einem Eiltempo Reformen vorangebracht, die in ihrer Gesamtheit durchaus positiv zu bewerten sind. Doch auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft liegen noch viele Stolpersteine.*

**Henning Effner**

(\* 1973) koordiniert seit 2010 die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung für Myanmar.

henning.effner@fes-asia.org



**A**usgangspunkt des Wandels waren die Parlamentswahlen im November 2010, die zwar weder frei noch fair waren, aber dennoch das Ende der fast 50-jährigen Militärdiktatur und den Beginn eines Reformprozesses einläuteten. Schon kurz nach seiner Amtsübernahme im Frühjahr 2011 überraschte Myanmars neuer Präsident

Thein Sein die internationale Gemeinschaft mit einer Reihe von Reformschritten: Politische Gefangene wurden freigelassen und der Dialog mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi wieder aufgenommen. Die Friedensnobelpreisträgerin wurde aus ihrem Hausarrest entlassen, und ihre Partei – die *National League for Democracy* (NLD) – wieder offiziell zugelassen. Darüber hinaus startete die Regierung 2011 eine neue Friedensinitiative, um die seit Jahrzehnten andauernden Konflikte mit den bewaffneten Widerstandsgruppen der ethnischen Minderheiten zu beenden.

Im Jahr 2012 setzte die Regierung den Reformkurs konsequent fort: Ein neues Versammlungsgesetz wurde verabschie-